

Sesseltanz um den Zuverdienst

Martin Schenk

Musik aus. Alle rennen. Alle laufen um die Sessel in der Mitte herum, und wenn die Musik nicht mehr spielt, versucht man, sich einen Sitzplatz zu ergattern. Manche können nicht mehr schnell laufen. Blöd ist auch, dass wieder ein Sessel weggeräumt wurde. Ausgeschieden.

Arbeitsmarkts- und sozialpolitische Argumente für den Zuverdienst

Streichen, kürzen, sperren. Das sind die Zeitworte, die die Arbeitsmarktdebatte beherrschen. Bei jeder Runde kommt ein weiterer Sessel weg. Jetzt wurde der Zuverdienst gestrichen.

Für Langzeitarbeitslose ist die Möglichkeit, Geld dazu zu verdienen, nicht bloß sozial-, sondern auch arbeitsmarktpolitisch wichtig. Denn Langzeitarbeitslose, die dazu verdienen können, bekommen auch rascher wieder einen vollwertigen Job. Das gilt statistisch betrachtet etwa für Frauen ohne Kinder und für Personen mit geringerem Bildungsgrad. Ebenso trifft dies auf Langzeitarbeitslose mit einer Arbeitslosigkeitsdauer über 366 Tage zu. Eine geringfügige Beschäftigung erhöht für diese Gruppe die Beschäftigungsdauer nach der Arbeitslosigkeit, wie selbst Studien belegen, die von der Abschaffung der Zuverdienstmöglichkeit in den ersten Monaten nach Jobverlust positive Beschäftigungseffekte erwarten (Bitschi et al. 2023; Eppel/Mahringer 2018). Der Zuverdienst ist also für eine große Gruppe von Arbeitslosen auch arbeitsmarktpolitisch sinnvoll.

Sozialpolitisch ist er sinnvoll, weil ohne Zuverdienst viele ihre Schulden nicht regeln können, und ohne Schuldenregelung finden sie keinen Job wegen der Lohnpfändung. Das sehen wir zum Beispiel in der Schuldenberatung, wo 40% der Ratsuchenden arbeitslos sind. Für Menschen, die wegen einer schweren psychischen Erkrankung lange arbeitslos sind, ist der Zuverdienst auch auf eine andere Weise existenziell. Er hilft, den Tag zu strukturieren, soziale Kontakte zu pflegen und selbst aktiv zu bleiben. Vor allem für diejenigen mit psychosozialen Problemlagen ist die ‚Brücke‘ geringfügiger Zuverdienst unerlässlich, da diese Beschäftigungsmöglichkeit oft der erste wichtige Schritt zu einer erfolgreichen (Re-)Integration ist.

Problematiken der Neuregelung

Das jetzige Gesetz, das vorsieht, dass Langzeitarbeitslose einmal sechs Monate lang dazuverdienen dürfen, ist unpraktisch und realitätsfern. Hier bräuchte es flexiblere Regelungen, die der Situation psychisch Kranker mit Auf und Abs und längeren Zeiträumen gerecht werden. Arbeitsmarktpolitische Instrumente, die auf starre Zeitfenster setzen, verfehlen diese Realität. Insgesamt wird all das zur Folge haben, dass mehr Menschen in die Sozialhilfe fallen. Wer den Zuverdienst streicht, spart nicht – er verlagert Kosten: von der Arbeitsmarktpolitik in die Sozialhilfe.

Beim Sesseltanz verlieren immer dieselben zuerst: jene, die nicht sprinten können, weil sie krank sind, Schulden haben oder nicht so fit sind. Die Regierung reagiert darauf, indem sie die Regeln verschärft – nicht, indem sie mehr Sessel hinstellt.

Zudem bleibt das Problem, dass geringfügige Jobs keine guten, auch sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Arbeitsplätze sind. Ein Plädoyer für die Beibehaltung der Möglichkeit eines geringfügigen Zuverdienstes soll nicht davon ablenken, dass das eigentliche Ziel stabile, sinnstiftende Arbeitsverhältnisse sein sollten. Einige AMS-Geschäftsstellen in Österreich versuchen deshalb, Betriebe dazu zu bewegen, daraus reguläre Anstellungen zu machen. Das könnte noch verstärkt werden. Denn es gibt Branchen, die eine geringfügige Beschäftigung von Mitarbeiter:innen systematisch missbräuchlich einsetzen, um über die Umgehung sozialrechtlicher Vorschriften Kosten zu sparen. Dabei haben die betroffenen Mitarbeiter:innen de facto selbst keine Wahl, ob sie geringfügig beschäftigt sein oder ein voll sozialversicherungspflichtiges Dienstverhältnis eingehen möchten.

Verschärfung der Situation Arbeitsloser

Das Arbeitslosengeld ist in Österreich aufgrund der bescheidenen Nettoersatzraten niedrig. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sind auch seit zwanzig Jahren nicht der Inflation angepasst worden. Die Betroffenen werden im Angesicht der Teuerungen gezwungen, mit immer weniger auszukommen. Angesichts dieser prekären Situation war der Zuverdienst für viele Arbeitslose ein Beitrag zum Überleben.

Die Hälfte aller Arbeitslosen ist armuts- und ausgrenzungsgefährdet (Statistik Austria 2025a). Personen in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, gehören zur Gruppe derer, die am stärksten von nicht leistbaren Wohnkosten und Zahlungsschwierigkeiten betroffen sind (Statistik Austria 2025b). Die Prekaritäts-Logik verlangt, jene qualitativen Ansprüche an Arbeit und Leben aufzugeben, die eigentlich Engagement motivieren. Das Leitbild solcher Maßnahmen wie die pauschale Streichung des Zuverdienstes klagt etwas ein, das es in der Praxis zertrümmert: Eigenverantwortung und Initiative.

Fazit

Wie viele Menschen arbeitslos sind, hängt nicht direkt mit der Höhe des Arbeitslosengeldes zusammen. Wenn das so wäre, müsste es in den Ländern mit dem niedrigsten Arbeitslosengeld auch die wenigsten Arbeitslosen geben. Das trifft nicht zu. Das Arbeitslosengeld erklärt nur einen Bruchteil der Arbeitslosigkeit. Einen viel größeren Einfluss auf die Zahl der Arbeitslosen haben andere Faktoren wie Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Wenn beim Sesseltanz die Musik aufhört und die Leute keinen Platz finden, hilft es nichts, wenn man die Musik schneller spielt.

Literatur

- Bitschi, Benjamin/Fink, Marian/Horvath, Thomas/Mahringer, Helmut (2023): Effektabschätzung möglicher Reformen des Arbeitslosenversicherungsrechtes. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Eppel, Rainer/Mahringer, Helmut (2019): Getting a lot out of a little bit of work? The effects of marginal employment during unemployment. In: *Empirica* 46, 381–408.
- Statistik Austria (2025a): EU SILC 2024. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2025b): So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im 3. Quartal 2025. Wien: Statistik Austria.